

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 26. April 2002, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss,

- Anwesenheit:**
- SPD:** Aab, Acker, Becker, Brahms, Chatzievgeniou, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Schlüter-Böhm, Schüren, Schulze-Stampe, Sell, Severin, Spies;
- CDU:** Gottschlich, Heck, Heubel, Kaufmann, Kissel, Lohse, Pötter, Rehlich, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Usinger, Dr. Wulff;
- GRÜNE:** Dr. Baumann, Giede, Göttling, Keller, Lakner, Laßmann, Markus, Dr. Perabo, Schäfer;
- PDS/ML:** Gottschaldt, Kolter, Köster-Sollwedel, Metz;
- BfM:** Faecks, Schwindack, Zaun;
- F.D.P.:** Röllmann, Schwebel, Wüst;
- MBL:** Dr. Huesmann, Ludwig;

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Möller,
Bürgermeister Vaupel,
Stadtrat Dr. Kahle;

vom ehrenamtlichen Magistrat:

Stadträtin Amend-Wegmann,
Stadtrat Biver,
Stadträtin Dinnebier,
Stadtrat Reinhard,
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek,
Stadtrat Sprywald,
Stadtrat Wehrum;

es fehlen entschuldigt:

Schröter – SPD –, Dr. Weinbach – SPD –, Dersch – CDU –, Jakobi – CDU –, Rising Hintz – CDU –, Neuwohner – Bündnis 90/Die Grünen –, Oppermann – CDU –, Stadträtin Schultheiß;

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD - eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgebracht.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt bekannt, dass der Stadtverordnete Tomas Schneider - Bündnis 90/Die Grünen - aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschieden ist. Nachgerückt ist der Stadtverordnete Manfred Keller, geb. 1942, Diplom-Kaufmann, wh. Am Martsacker 5, 35041 Marburg. Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt den neuen Stadtverordneten ausdrücklich im Namen des gesamten Hauses und wünscht für die Zukunft eine gute Zusammenarbeit.

Außerhalb der heutigen Tagesordnung übergibt Herr Schulze vom BUND dem Stadtverordnetenvorsteher eine Unterschriftensammlung zum Thema "Verminderung von Gefährdung durch Elektromog in Marburg".

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 22. März 2002 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Die Stadtverordnete Schwebel - FDP - merkt an, dass auf Seite 18 der Niederschrift bei TOP 11 wie folgt formuliert werden muss:

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet dem Hause, dass im Ältestenrat vereinbart wurde, der Vorsitzenden des Kinder- und Jugendparlamentes, Frau Barbara Mertins, im Hause das Wort zu erteilen.

Das Protokoll wird in dieser Passage korrigiert.

Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der abgeänderten Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Dem Stadtverordnetenvorsteher liegen drei Dringlichkeitsanträge vor.

1. Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen betr. Interregio-Verbindung

Der Dringlichkeitsantrag liegt allen Stadtverordneten vor. In der gestrigen Sitzung des Ältestenrates wurde bereits vereinbart, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen. Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Der Stadtverordnetenvorsteher wird diesen Dringlichkeitsantrag als TOP 11.1 aufrufen.

2. **Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Busverbindungen Oberstadt**

Die Stadtverordnete Spies – SPD – begründet den Antrag zusätzlich mündlich und ändert ihn geringfügig ab. Der Beschlusstenor lautet nunmehr:

„Der Magistrat wird beauftragt zügig zu prüfen, wie im Zusammenhang mit der Erstellung des neuen Fahrplanes für eine Verbesserung der Busverbindungen in der Oberstadt gesorgt werden kann“.

Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen alle Stadtverordneten die Dringlichkeit. Der Stadtverordnetenvorsteher wird den Antrag als TOP 11.2 in die Tagesordnung einbringen und aufrufen.

3. **Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Frühförderung**

Der Stadtverordnete Chatzievgeniou – SPD – begründet die Vorlage zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht Stadtrat Dr. Kahle. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Wüst – FDP –.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Dringlichkeit abstimmen. Für die Dringlichkeit sprechen die Stadtverordneten der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, PDS und BfM. Damit ist die erforderliche Mehrheit von 40 Stimmen des Hauses erreicht. Der Antrag wird als TOP 11.3 in die Tagesordnung aufgenommen.

Alle Dringlichkeitsanträge liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher die in den Ausschüssen zu den einzelnen Vorlagen angemeldeten Aussprachen und sonstige Veränderungen der Tagesordnung bekannt.

Im übrigen wird die Tagesordnung genehmigt.

zu 4 **Fragestunde**

zu 4.1 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr.1 4/02)
Vorlage: VO/0249/2002**

Veranlasst der Magistrat, dass die Lahnbrücke Robert-Koch-Straße / Bunsenstraße in einen ansehnlichen Zustand versetzt wird? (Das Geländer ist stark angerostet, aus den Mauerfugen wächst Gras und weitere Pflanzen,...)

Es antwortet der Bürgermeister.

Das historische Geländer der Bunsenbrücke wird voraussichtlich in diesem Jahr mit einem neuen Anstrich versehen. Das Gras auf dem Mittelpodest wird in Kürze

entfernt. Ebenso soll der Wein, der vom Ufer mittlerweile über die ganze Brücke herüber rankt, entfernt werden, da er mit seinen Wurzeln die Bausubstanz der Brücke schädigen kann.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster - PDS/ML - wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.2** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr.2 4/02)**
Vorlage: VO/0250/2002

Wie ist derzeit die Schadstoffbelastung der Lahn im Bereich der Stadt Marburg im Vergleich zu den Vorjahren?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Als Maß für die biologische Gewässergüte wird in Hessen der „Saprobienindex“ herangezogen. Hierbei dienen einige der im Fließgewässer lebenden Tiere als „biologische Messinstrumente“ - d.h. aufgrund ihrer Anwesenheit oder ihres Fehlens im Fließgewässer sind Aussagen zu der „Gewässergüte“ möglich. Die Einteilung erfolgt in „I“ für „unbelastet bzw. gering belastet“ bis zu „IV“ für „übermäßig verschmutzt“.

Wie uns das Dezernat „Kommunales Abwasser“ - „Schutz oberirdischer Gewässer (41.3)“ des RPU mitteilte, hat sich die Gewässergüte in dem Zeitraum von 1994 bis heute wie folgt verändert.

1994 Lahn hat die Gewässergüte „II“ = „mäßig belastet“ schlechtere Werte im Stadtgebiet bei der Einmündung der Kläranlage Cappel zu erkennen, hier wird die Qualität als „II-III“ = „kritisch belastet“ beschrieben. Im Oberstrom befinden ebenfalls Verschmutzungen (II-III) durch fehlende/unzureichende Kläranlagen im Bereich Lahntal-Göttingen (Lahn) und Kirchhain (Ohm).

2000 Lahn und Ohm weisen durchgängig die Gewässergüte „II“ auf, selbst unterhalb der Kläranlagen

Mess-Stellen für chemische Analysen befinden sich nicht im Stadtgebiet Marburg.

zu **4.3** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Gregor Huesmann (Nr.3 4/02)**
Vorlage: VO/0251/2002

Beabsichtigt der Magistrat das Angebot an Gewerbeflächen der Stadt Marburg auch im Internet zu präsentieren?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Das Angebot an Gewerbeflächen wird von der Wirtschaftsförderung der Stadt Marburg im Internet bereits seit Jahren präsentiert. In diesem Zusammenhang sind folgende Internetadressen relevant:

www.marburg.de (s. Wirtschaft - Gewerbeflächen - Angebot),
www.gruendungsnetzwerk-marburg.de (s. Gewerbeflächen).

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin - SPD - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.4** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Gregor Huesmann (Nr.4 4/02)**
Vorlage: VO/0252/2002

Wann legt der Magistrat den nächsten Energiebericht vor?

Es antwortet der Bürgermeister.

An dem Energiebericht 1999 – 2001 werden zurzeit die Energiekennwerte ermittelt.

Die Veröffentlichung des Berichtes ist für Ende Mai / Anfang Juni 2002 vorgesehen.

zu **4.5** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna Giede (Nr.5 4/02)**
Vorlage: VO/0253/2002

Nach Angaben von Anwohnern häufen sich die Unfälle im Bereich der Straße Schröck-Marburg in Höhe Elisabethbrunnen. Welche Erkenntnisse haben Magistrat und Straßenverkehrsbehörde? Wäre eine Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit oder eine Einbeziehung in den Ortsbereich von Schröck möglich?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Um die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit zu erreichen, werden zunächst weiterhin Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt.

Im Rahmen der im Juni dieses Jahres stattfindenden Verkehrsschau wird dann mit Verkehrsexperten vor Ort erörtert, ob und ggf. welche Maßnahmen notwendig und sinnvoll sind.

zu **4.6** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna Giede (Nr.6 4/02)**
Vorlage: VO/0254/2002

Wie ist die Auslastung des AST Richtung Stadtwaldgelände in den Abendstunden?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Im vergangenen Jahr sind zwischen Innenstadt und Stadtwaldgelände auf 1.561 Fahrten 5.430 Fahrgäste befördert worden. Vom Stadtwaldgelände in die Innenstadt nutzten auf 987 Fahrten 2.847 Fahrgäste das stündliche AST-Angebot. Dies sind ca. 15 % aller beförderten Fahrgäste im AST-Verkehr.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo - Bündnis 90/Die Grünen -, Köster - PDS/ML - und Gottschlich - CDU - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.7

**Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr.7 4/02)
Vorlage: VO/0255/2002**

Kann der Magistrat Auskunft geben, welche Auswirkungen die Änderungen bei der Bundesanstalt für Arbeit für die Außerbetriebliche Ausbildung, die Ausbildung im Verbund und die Ausbildungs- und Qualifizierungseinrichtungen der freien Träger haben?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Das am 01.01.2002 in wesentlichen Teilen in Kraft getretene Job-AQTIV-Gesetz und die aktuellen Diskussionen und Entscheidungen bezüglich der organisatorischen Veränderungen bei der Bundesanstalt für Arbeit haben erst einmal keinerlei direkte Auswirkungen auf die in der Frage angeschnittenen Bereiche.

Auswirkungen ergaben sich jedoch bereits aufgrund der Tatsache, dass der Eingliederungstitel des Marburger Arbeitsamtes (aus dem auch diese Bereiche finanziert werden) im Gegensatz zum letzten Jahr stark gekürzt worden ist. Im Zuständigkeitsbereich des Teams Ausbildungspartner (der früheren Beratung) führte dies zu folgenden Überlegungen / Entscheidungen:

- Die Ausbildungsangebote im REHA-Bereich sollen nach Möglichkeiten in unveränderter Höhe weitergeführt werden.
- Im Bereich der außerbetrieblichen Ausbildung werden in Marburg Angebote vom VaAM (Verein für außerbetriebliche Ausbildung Marburg) und vom VSB (Verein für Sozialpolitik, Bildung und Berufsförderung) vorgehalten. Bei beiden Trägern laufen in diesem Jahr die Finanzierungen für jeweils 10 Plätze aus, wobei das Arbeitsamt bereits entschieden hat, jeweils nur 3 neu zu bewilligen. Das übrige Angebot des VSB ist dadurch erst einmal nicht gefährdet, da dieser Verein keine eigenen Werkstätten besitzt und überwiegend mit freiberuflichen Beschäftigten auf Honorarbasis arbeitet (hier wird es im Herbst zu entsprechenden Reduzierungen kommen). Bei weiteren Kürzungen im nächsten Jahr (die nicht ausgeschlossen werden können) müsste der VSB neu entscheiden, ob eine Fortführung seiner Aktivitäten möglich ist. Beim VaAM führt dagegen bereits die Kürzung dieses Jahres zu großen Schwierigkeiten, da hier eigene Werkstätten und fest angestelltes Personal vorhanden sind. Beschlüsse des Vereins liegen noch nicht vor – denkbar sind jedoch Stundenkürzungen beim Personal oder noch weiterreichende Konsequenzen.
- Im Bereich der Verbundausbildung ist in erster Linie das Projekt zu nennen, das in Kooperation zwischen der Stadt Marburg, der PRAXIS GmbH, Betrieben und sozialen Vereinen durchgeführt wird. Hier gibt es Finanzierungsausagen durch das Arbeitsamt bis Ende des Jahres, die selbstverständlich eingehalten werden. Ob es allerdings im nächsten Jahr zu einer Fortführung kommen und wie diese dann aussehen wird, steht momentan noch nicht fest.
- Die zurzeit bei verschiedenen Trägern laufenden berufsvorbereitenden Maßnahmen (Förderlehrgänge, Grundausbildungslehrgänge und Lehrgänge zur Verbesserung beruflicher Bildungs- und Eingliederungschancen -BBE-) laufen in dem bewilligten Umfang bis zum Sommer weiter (Bei den BBE-Lehrgängen hat es beim Verein „Arbeit und Bildung“ sogar eine Aufstockung von 66 auf 84 Plätzen gegeben). Wie die Situation im Herbst aussehen wird (welche Träger dann welche Lehrgänge mit welchen Platzzahlen erhalten werden), kann zur-

zeit nicht beantwortet werden.

- Bezüglich der ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) liefen die Finanzierungszusagen des Arbeitsamtes bereits Ende letzten Jahres aus. Die 12 Plätze beim Caritasverband (St. Martin-Haus) wurden weitergeführt, von den 100 Plätzen beim Verein „Arbeit und Bildung“ wurde die Hälfte gestrichen (von den verbliebenen 50 Plätzen wird jeweils die Hälfte in Marburg und Stadtallendorf angeboten). Auf Grund dieser Kürzung musste „Arbeit und Bildung“ seinen Personalschlüssen in diesem Arbeitsbereich von 4 ½ auf 2 ½ Stellen reduzieren.
- Das Projekt AQJ (Arbeit und Qualifizierung für – noch – nicht ausbildungseignete Jugendliche) an der Adolf-Reichwein-Schule läuft noch bis August. Auch hier hat sich das Arbeitsamt noch nicht festgelegt, ob und unter welchen Konditionen es fortgeführt werden kann.
- Abschließend sei noch erwähnt, dass das Arbeitsamt in diesem Jahr auch alle Förderprogramme für betriebliche Ausbildungsplätze (die aus der freien Förderung finanziert werden) gestrichen hat. Dies geschah nach Aussage des Arbeitsamtes allerdings nicht nur aus Einsparungsnotwendigkeiten heraus, sondern auch deshalb, weil diese Programme als nicht so erfolgreich gewertet wurden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo - Bündnis 90/Die Grünen -, Lotz-Halilovic - SPD -, Gottschlich - CDU - und Köster - PDS/ML - werden ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr.8 4/02)
Vorlage: VO/0257/2002

Ist dem Magistrat bekannt, dass die Firma Inosoft einen Betriebskindergarten einrichten will und wenn ja, kann er darüber Auskunft geben, in welcher Form und in welchem Umfang die Stadt dieses Projekt unterstützt?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Dem Magistrat ist das Anliegen der Firma INOSOFT bekannt, da sich eine Vertreterin der Firma bereits im Januar 2002 hat beraten lassen. Eine endgültige Konzeptionierung, in welcher Form ein Betriebskindergarten geführt werden könnte, steht noch nicht fest. Die Firma ist jedoch in den Planungsprozess um eine neue Tageseinrichtung im Stadtteil Cappel einbezogen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo – Bündnis 90/Die Grünen – wird ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr.9 4/02)
Vorlage: VO/0258/2002

1995 hatte das Amt für Stadtentwicklung und Statistik eine Zunahme der Marburger Bevölkerung um etwa 10.000 Personen bis zum Jahr 2010 prognostiziert und daraus einen zusätzlichen Bedarf von 3.821 Wohneinheiten errechnet. Welche

Konsequenzen ergeben sich für die Stadtentwicklung aus der jüngsten Prognose des Regierungspräsidiums, die einen Rückgang der Bevölkerungszahl Marburgs auf 75.000 für das Jahr 2010 behauptet?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die tatsächliche Einwohnerentwicklung Marburgs ist hinter den 1994/1995 ermittelten Zahlen zurückgeblieben, da zwischenzeitlich eine Reihe von Einflussfaktoren wirksam geworden sind, die nicht Marburgspezifisch sind, sich aber auch auf Marburg ausgewirkt haben. Zudem hatte die Stadt sich seinerzeit an der damals zeitgleich erstellten Prognose des RP Gießen orientiert, deren Zielwerte mit den unseren übereinstimmten.

Gegenwärtig wird gemäß Auftrag der Stadtverordnetenversammlung eine neue Bevölkerungsvorausschätzung für Marburg erstellt und in einigen Wochen vorgelegt werden. Dabei werden alle neuen Erkenntnisse und auch die neue Prognose des RP Gießen berücksichtigt werden. Es wird sich zeigen, dass sich auch unsere Stadt wohl von großen Bevölkerungszuwächsen verabschieden muss, es zeigt sich aber auch jetzt schon, dass infolge mehrerer Sondereinflüsse in Marburg mit starken Rückgängen wie in etlichen anderen Städten nicht zu rechnen ist. Die in der Fragestellung erwähnte Zahl von 75.000 für 2020 liegt im übrigen in der allgemeinen statistischen Schwankungsbreite (z.Z. 77.000 Einwohner) und ist deshalb nicht als Rückgang zu bezeichnen.

Wohnungsbau und Infrastrukturentwicklung hängen, wie schon früher erwähnt wurde, nicht nur von Einwohnerzuwächsen oder -abnahmen ab. Ergebnisse im einzelnen und die Konsequenzen für die Stadtentwicklung, Siedlungsentwicklung und Infrastruktur sollten erst nach Vorliegen der neu ermittelten Zahlen zusammenhängend erörtert werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Keller - Bündnis 90/Die Grünen - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 18:05 Uhr übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wulff - CDU - die Sitzungsleitung.

zu **4.10** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr.10 4/02)**
Vorlage: VO/0259/2002

Wie hoch sind die Gesamtkosten, die bei der Stadt und den Stadtwerken für die Umstrukturierung der Stadtwerke bisher angefallen sind und noch anfallen werden, jeweils aufgeschlüsselt nach Kostenarten (Gutachten, Beratungskosten, Steuern, Notarkosten, Veränderung Corporate Identity, organisatorische Änderungen, Personalkosten u. a.)?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Gesamtkosten, die bei den Stadtwerken für die Umstrukturierung angefallen sind, gliedern sich wie folgt auf:

Gutachten:	114 TEuro
Beratungskosten:	82 TEuro
Steuern:	
a) Ertragssteuern:	keine steuerlichen Auswirkungen
b) Grunderwerbssteuer:	noch nicht bekannt
Notarkosten:	83 TEuro
Gerichtskosten:	3 TEuro
Veränderung Corporate Identity:	rechtsformunabhängig
Organisatorische Änderungen:	rechtsformunabhängig
Personalkosten:	keine zusätzlichen Auswirkungen

Zusatzfragen der Stadtverordneten Metz und Köster - PDS/ML - sowie Ludwig - MBL - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Erika Lotz-Halilovic (Nr.11 4/02)
Vorlage: VO/0260/2002**

Wurde die Bevölkerung in Marburg über das Angebot der Stadtwerke einer Ferienbuskarte für Kinder in den Osterferien informiert? Wurden die günstigen Tarife den Familien zur Kenntnis gegeben?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Das Angebot der Ferienkarten besteht bereits seit 1999. Die Ferienkarte für die Osterferien wurde in den Fahrzeugen der Stadtwerke Marburg beworben.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Lotz-Halilovic - SPD - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (Nr.12 4/02)
Vorlage: VO/0261/2002**

Wer hat dem neuen Schwimmbad den Namen „aqua mar“ (wohl ein Wortspiel mit „Marburg“, wörtlich im Spanischen einfach nur und etwas albern „Wasser Meer“) gegeben, und warum wurden zu dieser Namensgebung weder die Bürgerinnen und Bürger noch das Stadtparlament gehört?

Es antwortet Bürgermeister Vaupel.

Während der Oberhessenschau 1998 wurde nicht nur den Besuchern zum ersten Mal von der Bäderverwaltung das Gesamtkonzept des neuen Niedrigenergie-Sport- und Freizeitbades öffentlich vorgestellt, sondern auch ein Preis-Wettbewerb für die Namensgebung durchgeführt. Unter zahlreichen Vorschlägen war u.a. auch der Name „Aquamar“ vorgeschlagen. Seit dieser Zeit wird „Aqua-Mar“ als Name für das neue Bad bei allen Veröffentlichungen verwendet. Auch die während der Oberhessenschau 2000 und der MEMO 2001 verteilten ca. 20.000 Informationsbroschüren sind mit diesem Namenszug versehen. In der Zwischenzeit wurde dem Namensgeber eine Geldwertkarte für das neue Bad übergeben.

Seit Oktober 2001 wird auch das neue Bad mit diesem Namen im Internet weltweit vorgestellt. In der Zwischenzeit sind zahlreiche Nachfragen bezüglich der Architektur, der Ausstattung, der Preisgestaltung und zu dem Niedrigenergiekonzept eingegangen. Keine Nachfragen oder Anmerkungen gab es bisher zu der Namensgebung.

Deshalb wurde von dem Magistrat am 04.03.2002 einstimmig der Beschluss gefasst, dem neuen Bad am Trojedamm den Namen „AquaMar“ zu geben.

zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (Nr.13 4/02)
Vorlage: VO/0262/2002

Wird der Magistrat nach der Verabschiedung des Gleichstellungsgesetzes im Bundestag nunmehr von den Kulturinitiativen, -vereinen, -anbietern ... die aus städtischen Geldern Zuwendungen erhalten, verlangen, dass deren kulturelle Angebote auch barrierefrei für Behinderte zugänglich sind?

Es antwortet Bürgermeister Vaupel.

Das neue Gleichstellungsgesetz gibt keine rechtliche Handhabe, die freien Kulturträger zum Bau von barrierefreien Zugängen zu zwingen. Gleichwohl ist es ein weiterer Anstoß, die Bemühungen weiter zu verstärken.

Das Marburger Kulturforum, Zusammenschluss aller Marburger Kulturträger, hat deshalb Vertreter der AG Bauen und Verkehr des Behindertenbeirates Marburg zur nächsten Sitzung am 25. Mai eingeladen. Diese findet in dem barrierefrei gestalteten großen Saal der Musikschule Am Schwanhof statt.

Auf dieser Sitzung wird der Behindertenbeirat den Stand der Aktivitäten für barrierefreie Zugänge bei städtischen Einrichtungen darstellen. Anschließend werden gemeinsam mit den Kulturträgern die anstehenden Aufgaben im Bereich der Marburger Kultureinrichtungen diskutiert.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschaldt - PDS/ML - wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.14 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Ursula Schulze-Stampe (Nr.14 4/02)
Vorlage: VO/0263/2002

Wie kann das „wilde“ Abstellen von Kleinlieferwagen, Caravan- und Verkaufsanhängern auf dem Parkplatz des Georg-Gaßmann-Stadions besser geregelt werden (extra Flächen ausweisen?)?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Das Abstellen von Kleinlieferwagen, Caravan- und Verkaufsanhängern auf dem Parkplatz des Georg-Gaßmann-Stadions in dieser Form, wird geduldet um zu vermeiden, dass diese Fahrzeuge an anderen Stellen im Stadtgebiet abgestellt werden, an denen Gefährdungen für die Verkehrsteilnehmer entstehen können und damit die Verkehrssicherheit verringert wird.

Bei der derzeitigen Regelung können die Flächen je nach Bedarf sowohl für parkenden PKW als auch für die o.a. Fahrzeuge genutzt werden, was bei einer gesonderte Ausweisung der Flächen nicht möglich wäre.

zu **4.15** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Ursula Schulze-Stampe (Nr.15 4/02)**
Vorlage: VO/0264/2002

Kann durch wöchentliche Leerung der Abfallkörbe und Säuberung der Flächen bei den Ruhebänken am Bückingsdamm, zwischen Schützenpfehlbrücke und der Weide, wenigstens im Sommerhalbjahr dafür gesorgt werden, dass es dort einigermaßen sauber bleibt?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Der DBM wird im Sommerhalbjahr die Papierkörbe auf dem Bückingsdamm 3-mal pro Woche (Montag, Mittwoch und Freitag) leeren. Darüber hinaus werden die Flächen bei den Parkbänken regelmäßig (14-tägig) gesäubert werden. Die Hangbereiche hinter den Parkbänken können leider nur mit sehr hohem Personaleinsatz einmal im Monat grundgereinigt werden. Diese intensiveren Reinigungsmaßnahmen werden sicherlich dazu beitragen, die Attraktivität und Akzeptanz dieses Bereichs weiter zu steigern.

zu **4.16** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Alev Laßmann (Nr.16 4/02)**
Vorlage: VO/0265/2002

Ist die Versorgung der Schulen mit Fahrradstellplätzen zufriedenstellend, oder gibt es größeren Bedarf? Wenn ja, an welchen Schulen?

Es antwortet der Bürgermeister.

Eine kurzfristige Beantwortung der o. a. Frage ist leider in diesem Monat nicht mehr möglich. Das Umfrageergebnis aller städt. Schulen wird Anfang Mai 2002 erwartet und könnte somit in ausgewerteter Form für die im Monat Mai stattfindende Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.

zu **4.17** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Alev Laßmann (Nr.17 4/02)**
Vorlage: VO/0266/2002

Welche Möglichkeiten gibt es, für Austauschschüler/innen aus unseren Partnerstädten Busfahrkarten zur Verfügung zu stellen, um sowohl den ÖPNV attraktiver zu machen, als auch die Eltern finanziell zu entlasten?

Die Frage wird vom Oberbürgermeister und vom Bürgermeister beantwortet.

Antwort des Oberbürgermeisters:

Für Marketingzwecke halten die Stadtwerke ein Kontingent von Gästekarten vor. Dieses Kontingent ist leider bereits nahezu ausgeschöpft. Im Rahmen der tariflichen Möglichkeiten des Rhein-Main-Verkehrsverbundes bestehen keine Möglichkeiten, verbilligte Buskarten zur Verfügung zu stellen. Eventuell könnten die zuständigen Schulämter die Kosten für die Busfahrt der Austauschschüler übernehmen.

Antwort des Bürgermeisters:

Grundsätzlich haben Austausch-Schüler/innen in der Regel keinen Anspruch auf

Übernahme von Schülerbeförderungskosten, da sie die Voraussetzungen des § 161 Hessisches Schulgesetz (HSchG) nicht erfüllen (u. a. keine dauerhafte Wohnsitznahme und kein Schülerstatus).

Nur bei folgenden Voraussetzungen können Schülerbeförderungskosten an Austausch-Schüler/innen gezahlt werden:

- Anmeldung des Hauptwohnsitzes in Marburg (bei Aufenthalt länger als 2 Monaten erforderlich)
- Anmeldung in der Schule / Anerkennung als Gastschüler/in durch den/die Schulleiter/in (bei Schulbesuch länger als 4 Wochen möglich)
- Antragstellung

Zu beachten ist, dass diese Fälle wie alle anderen Fälle der Schülerbeförderung zu behandeln sind. Hier ist also unter anderem zu prüfen, ob die kürzeste Wegstrecke zwischen Wohnung des/der Schülers/in und der Schule mehr als 2 bzw. 3. Kilometer beträgt.

**zu 4.18 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr.18 4/02)
Vorlage: VO/0284/2002**

Bestehen Verträge bzw. Absprachen seitens der Stadt Marburg mit der Philipps-Universität bezüglich Mitnutzung der Sportstätten und Sportgelände der Universität durch städtische Vereine mit Jugendabteilungen?

Es antwortet der Bürgermeister.

Das Fachamt führt seit einigen Wochen mit dem Zentrum für Hochschulsport Verhandlungen wegen der Nutzung von Sportflächen im Afföller und im Uni-Stadion.

Ziel ist es, weitere Trainingsflächen, vorrangig für Jugendmannschaften, zu bekommen.

Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, so dass noch keine Ergebnisse mitgeteilt werden können.

**zu 4.19 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr.19 4/02)
Vorlage: VO/0285/2002**

Warum wurden die zuständigen Gremien des Dienstleistungsbetriebes Marburg (DBM) nicht von dem für den DBM zuständigen Dezernenten über den geplanten Einsatz eines Seitenlader-Fahrzeuges zur Entleerung der Altpapier und Restmüllgefäße informiert?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Der testweise Einsatz des Seitenladers stellt eine Aktivität der laufenden Geschäftsführung dar. Die Seitenladertechnik ist bereits vielerorts in Deutschland mit positiven Ergebnissen im Einsatz, beispielsweise auch in mehreren Gemeinden des Landkreises Marburg-Biedenkopf. Aus diesem Grund bestand seitens des Dezernenten keine rechtliche Notwendigkeit, die Betriebskommission darüber zu informieren.

Ungeachtet dieser Tatsache wird die Betriebsleitung in der nächsten Sitzung der Betriebskommission deren Mitglieder über die bis dahin vorliegenden Ergebnisse des Tests informieren.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Musket - SPD - und Heck - CDU - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 18:26 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD - die Sitzungsleitung.

zu **4.20** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Pauli Spies (Nr.20 4/02)**
Vorlage: VO/0286/2002

Was bedeutet die Pressemeldung vom Anfang der Osterferien, dass das Land Hessen an der Theodor-Heuss-Schule zum nächsten Schuljahr Ganztagesangebote einrichten will?

Es antwortet der Bürgermeister.

Weder dem Schulamt noch der Theodor-Heuss-Schule liegen konkrete Informationen vor, über welche zusätzlichen Ressourcen die Schule durch die Aufnahme in das Ganztagsprogramm des Landes Hessen verfügen kann und wie das Angebot konkret auszugestalten ist.

Zusammen mit dem Staatlichen Schulamt bemühen wir uns derzeit um entsprechende Informationen beim Hessischen Kultusministerium und werden zu gegebener Zeit im Schul- und Kulturausschuss berichten.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Spies - SPD - und Köster - PDS/ML - werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Damit ist die Fragestunde zeitlich abgelaufen. Die restlichen Kleinen Anfragen werden schriftlich zusammen mit dem Protokoll beantwortet.

zu **5** **Straßenbenennung im Stadtteil Cappel**
Vorlage: VO/0198/2002

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker - SPD -. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die im Plan gekennzeichnete Straße im Stadtteil Cappel erhält den Namen

„Dünsbergstraße“

Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

zu 6

Marburger Ortsrecht

**hier: Neufestsetzung der Entgelte für die Benutzung des Freibades der
Universitätsstadt Marburg für die Sommersaison 2002**

Vorlage: VO/0141/2002

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker - SPD -. Der Haupt- und Finanzausschuss hat zu diesem Antrag folgende Änderung beschlossen:

1. In Nr. 1.4 der Entgeltordnung wird der Begriff "Familienkarte" durch den Begriff "Gruppenkarte" ersetzt, wobei der Klammerzusatz dahingehend geändert wird, dass höchstens 2 Erwachsene im Rahmen der Gruppenkarte Einlass in das Freibad erhalten.
2. In Nr. 1.3 und 1.5 der Entgeltordnung soll das Alter von dem vollendeten 3. Lebensjahr auf das vollendete 6. Lebensjahr angehoben werden.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung der so geänderten Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die geänderte Entgeltordnung für die Benutzung des Freibades der Universitätsstadt Marburg für die Sommersaison 2002.

zu 7

Landschaftsplan 'Östliche Stadtteile' - LP-O

Vorlage: VO/0102/2001

Die Vorlage wurde vom Bau- und Planungsausschuss zurück gestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur nächsten Sitzung.

zu 8

Landschaftsplan 'Östliche Stadtteile' LP-O

Ergänzungen zur Themenkarte - Naturschutz/Verbundplanung -, im Maßnahmenkatalog und im Leitbild

Vorlage: VO/0228/2002

Die Vorlage wurde vom Bau- und Planungsausschuss zurück gestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur nächsten Sitzung.

zu 9

Bauleitplanung der Stadt Marburg

- **Teiländerung des wirksamen Flächennutzungsplanes (FNP)**
- **6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 24/4 'Am Hasenküppel' im Stt. Marbach**
- **Entwicklung eines allgemeinen Wohngebietes**

Vorlage: VO/0127/2002

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellv. Vorsitzende Stadtverordneter Acker - SPD -. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Dem Entwurf der FNP-Teiländerung Nr. 24/1 nebst Erläuterung wird zum Zwecke der öffentlichen Auslegung gemäß den §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB zugestimmt.
2. Dem Entwurf der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 24/4 „Am Hasenküppel“ im Stt. Marbach - Änderung und Erweiterung um einen 2. Teilgeltungsbereich für Kompensationsmaßnahmen in der Gemarkung Dagobertshausen -, wird zum Zwecke der öffentlichen Auslegung gemäß § 3(2) BauGB und der Beteiligung der TÖB (§ 4 BauGB) zugestimmt.

zu 10 **Sanierungsplanung der Stadt Marburg
Einleitung der 'Vorbereitenden Untersuchungen' gemäß § 141 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet Nordstadt/Bahnhofsquartier
Vorlage: VO/0227/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellv. Vorsitzende Stadtverordneter Acker - SPD -. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die vorbereitenden Untersuchungen zum Sanierungsgebiet Nordstadt/Bahnhofsquartier werden gemäß § 141 (3) BauGB durchgeführt.

Der voraussichtliche Kostenanteil der Stadt (Prinzip der Drittfinanzierung) wird in Höhe von max. 35 000 Euro bereitgestellt.

zu 11 **Dringlichkeitsanträge**

zu 11.1 **Antrag aller Fraktionen betr. Interregio - Verbindung
Vorlage: VO/0309/2002**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD - begründet den Dringlichkeitsantrag für alle Fraktionen zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht zur Sache der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert mit Nachdruck auf die Deutsche Bahn AG, den RMV, als auch auf die Hessische Landesregierung einzuwirken, dass die von der Deutschen Bahn zum Fahrplanwechsel am 15. Dezember 2002 beabsichtigte Umwandlung der Interregio-Verbindung von Konstanz nach Hamburg in eine Intercity-Verbindung nicht zu Lasten der Marburger Fernpendler bzw. der Nutzer des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) geht. Dies betrifft sowohl das quantitative Angebot der Zugverbindungen als auch die Möglichkeit mit dem Ticket des Verkehrsverbundes RMV diese Verbindung ohne zusätzliche Kosten zu nutzen.

zu 11.2 **Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Busverbindung Oberstadt**
Vorlage: VO/0317/2002

Zur Sache spricht die Stadtverordnete Spies - SPD -.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zügig zu prüfen, wie im Zusammenhang mit der Erstellung des neuen Fahrplans eine Verbesserung der Busverbindung in der Oberstadt erreicht werden kann.

zu 11.3 **Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Frühförderung**
Vorlage: VO/0318/2002

Zu dem Antrag wird das Wort nicht gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, umgehend auf den Landkreis Marburg-Biedenkopf einzuwirken, damit dieser ein bestehendes Angebot der therapeutischen Frühförderung und der Therapie schwer mehrfachbehinderter Kinder im Schulalter sicher stellt. Dabei ist sowohl für sog. „Frühförderkinder“ als auch im schulischen Bereich der Fortbestand einer interdisziplinären Behandlung zwischen Pädagogen und Therapeuten an den Einrichtungen, an denen sich die Kinder üblicherweise tagsüber aufhalten, und auf der Grundlage bestehender therapeutischer Konzepte in der bisherigen Qualität und Intensität sicher zu stellen.

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf auf die Landesregierung dahingehend einzuwirken, dass das Land sich zukünftig an den mit dem zusätzlichen, aus der interdisziplinären Zusammenarbeit der verschiedenen Behandler und Betreuer entstehenden Kosten für schulpflichtige Kinder beteiligt.

Der Magistrat wird beauftragt, in der nächsten Sitzung über die Ergebnisse zu berichten.

zu 12 **Anträge der Fraktionen**

zu 12.1 **Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Kommunikationsstrukturen zwischen Ausländerbeirat und Politik**
Vorlage: VO/0594/2001

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten und zurück gestellt, da an der Sitzung kein Vertreter des Ausländerbeirates teilgenommen hat.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur nächsten Sitzung.

zu 12.2 **Antrag der FDP-Fraktion betr. Bildung einer Integrationskommission**
Vorlage: VO/0016/2002

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten und zurück gestellt, da an der Sitzung kein Vertreter des Ausländerbeirates teilgenommen hat.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur nächsten Sitzung.

zu 12.3 **Antrag der MBL-Fraktion betr. Kostenloses Kurzzeitparken vor Weihnachten**
Vorlage: VO/0145/2002

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellv. Vorsitzende Stadtverordneter Acker - SPD -. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage.

Von der MBL-Fraktion wurde die Aussprache nachträglich angemeldet. Für die MBL-Fraktion spricht Stadtverordneter Ludwig. Nach seinem Redebeitrag zieht der Stadtverordnete Ludwig die Vorlage zurück.

zu 12.4 **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Straßenbenennung**
Vorlage: VO/0176/2002

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker - SPD -. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS bei Nein-Stimmen der CDU und den Fraktionen der Zählgemeinschaft BfM, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend eine Straße, einen Platz oder eine Grünanlage nach dem Marburger Juristen und Politikwissenschaftler sowie Widerstandskämpfer gegen den Faschismus Wolfgang Abendroth zu benennen und ihn damit noch zu Lebzeiten seiner Witwe zu ehren.

zu 12.5 **Antrag aller Fraktionen betr. Zwangsarbeit in der Stadt Marburg**
Vorlage: VO/0182/2002

Zusammen mit dieser Vorlage wird die Tischvorlage des Magistrats aufgerufen betr. Zwangsarbeiterentschädigungen, hier: Bereitstellung von Mitteln, TOP 12.51.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker - SPD -. Die Vorlage TOP 12.5 ist im Haupt- und Finanzausschuss behandelt worden. Dort wurde die Entschädigungssumme von 1.800,00 Euro auf 2.000,00 Euro angehoben. Ferner wurde gewünscht, beim ersten Spiegelstrich, dritter Unterpunkt den Begriff "Beginn" zu streichen.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die so geänderte

Vorlage anzunehmen. Die aktuelle Fassung liegt allen Stadtverordneten heute als Tischvorlage vor.

Zur Sache spricht der Stadtverordnetenvorsteher für alle Fraktionen. Wie im Ältestenrat vereinbart, gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die Vorgeschichte dieses Antrages und den momentanen Stand der Nachforschungen in Sachen Zwangsarbeiter in Marburg.

Eine Debatte findet nicht statt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- **Alle noch lebenden Zwangsarbeiter/innen (Zivilpersonen wie Kriegsgefangene) aus Ost-, Süd- und Westeuropa werden im Rahmen individueller Leistungen in Höhe von 2.000 € entschädigt.**
- **Voraussetzung für die Auszahlung einer Entschädigung ist der eindeutige Nachweis des Zwangsarbeitseinsatzes in Marburg beziehungsweise den heute zur Stadt gehörenden Stadtteilen unabhängig von der Dauer des Zwangsarbeitseinsatzes.**
- **Ist der Nachweis aufgrund der vorhandenen Datenbank (1.700 Einträge ehemaliger Zwangsarbeiter/innen) und gegebenenfalls weiterer Recherchen von der Stadt Marburg nicht zu erbringen, werden die Partnerorganisationen, die als Ansprechpartner der Bundesstiftung in den jeweiligen Ländern fungieren, aufgefordert, den Nachweis über den Zwangsarbeitseinsatz in Marburg für die Betroffenen zu belegen.**
- **Im Todesfall der Leistungsberechtigten sind die Erben zu entschädigen, wenn die Leistungsberechtigten nach der Beschlussfassung der STVV am 26.4.2002 verstorben sind.**
- **Die Antragsfrist zur Entschädigung von Zwangsarbeit in Marburg wird auf den 31.12.2002 festgelegt. In begründeten Einzelfällen kann von dieser Frist nach Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung abgewichen werden.**
- **Für die ordnungsgemäße Abwicklung der Entschädigungszahlung sind Verträge zwischen der Stadt Marburg und den jeweiligen Partnerorganisationen auszuarbeiten, die sich an dem bereits bewährten Mustervertrag zwischen der Stadt München und der Ukrainischen Partnerorganisation orientieren. Für Antragsteller aus Westeuropa sind auch Direktüberweisungen möglich.**
- **Mit der Auszahlung soll in Anbetracht des hohen Alters der Betroffenen unverzüglich begonnen werden. Zur Zeit kann für 52 Personen eindeutig der Zwangsarbeitseinsatz in, Marburg nachgewiesen werden.**
- **Ferner ist ein Besuchsprogramm mit ehemaligen Marburger Zwangsarbeiterinnen zu planen, auch um gegebenenfalls die Entschädigungszahlungen anlässlich dieser Besuche übergeben zu können.**

zu **12.5.1 Zwangsarbeiterentschädigung
hier: Bereitstellung von Mitteln**

Vorlage: VO/0312/2002

Die Vorlage wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 12.5 Antrag aller Fraktionen betr. Zwangsarbeit in der Stadt Marburg aufgerufen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Mittel für die Auszahlung der Zwangsarbeiterentschädigungen werden bei der Haushaltsstelle 0600/7170 in der notwendigen Höhe bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch die Verminderung der Zuführung zum Vermögenshaushalt.

zu **12.6 Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Berücksichtigung örtlicher Unternehmen**

Vorlage: VO/0208/2002

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker - SPD -. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, bei Veranstaltungen der Stadt Marburg – z. B. beim Neujahrsempfang – darauf zu achten, dass heimische Unternehmen mit der Verköstigung der Gäste beauftragt und beispielsweise Getränke der Marburger Brauerei ausgeschrieben werden.

zu **12.7 Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Ortenbergsteg**

Vorlage: VO/0209/2002

Die Vorlage wurde im Bau- und Planungsausschuss beraten. Der Ausschuss hat die Vorlage bis zur nächsten Sitzung zurück gestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

zu **12.8 Antrag der SPD-Fraktion betr. Temporeduzierung von der Herrmannstraße bis zur Ockershäuser Allee (Wilhelmsplatz)**

Vorlage: VO/0223/2002

zu **12.9 Antrag der SPD-Fraktion betr. Urbanisierung des Mittelpunkts von Ockershäuser**

Vorlage: VO/0224/2002

Zu TOP 12.8 und 12.9:

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellv. Vorsitzende Stadtverordneter Acker - SPD -. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Annahme der Anträge. Aussprache wurde beantragt.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordnete Schulze-Stampe - SPD -, Oberbürgermeister Möller, die Stadtverordneten Kolter - PDS/ML -, Zaun - BfM -, Markus - Bündnis 90/Die Grünen -, Heubel - CDU -, Rehlich - CDU -, Schüren - SPD -, Wüst - FDP - und Rehlich - CDU -.

Der Stadtverordnete Wüst - FDP - stellt folgenden Änderungsantrag:

Die Ziffer 3 des Tagesordnungspunktes 12.9 soll lauten:

3. Wie der neue Mittelpunkt Ockershausens verkehrsberuhigt werden kann.

Weitere Wortbeiträge werden nicht gewünscht. Es folgen die Abstimmungen.

Zu TOP 12.8

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Oberbürgermeister als Straßenverkehrsbehörde wird aufgefordert, im Stadtteil Ockershausen in den Straßenzügen Herrmannstraße, Stiftstraße, Ockershäuser Straße, Ockershäuser Allee ein Tempolimit von 40 km/h einzuführen.

Zu TOP 12.9

Abstimmung über den Änderungsantrag des Stadtverordneten Wüst - FDP -. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einigen Gegenstimmen folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag des Stadtverordneten Wüst wird angenommen.

Abstimmung über den so geänderten Antrag TOP 12.9:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss.

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, folgende städtebauliche Maßnahmen in Ockershausen auf ihre konkrete Durchführung und die finanziellen Auswirkungen hin zu prüfen:

- 1. Der alte Ortskern von Ockershausen im Bereich Stiftstraße, Ockershäuserstraße, Bachweg, Ockershäuser Schulgasse, unterhalb der „Alten Schule“, zwischen Altenheim und Kirche wird komplett mit einem roten kleinteiligen Straßenpflaster versehen.**
- 2. Die Trennung zwischen Fußweg und Fahrweg wird nur durch einen andersfarbigen Pflasterstreifen gekennzeichnet.**

3. **Wie der neue Mittelpunkt Ockershausens verkehrsberuhigt werden kann.**
4. **In dieses neue Zentrum werden an geeigneter Stelle Bänke und Bäume integriert.**

**zu 12.10 Antrag der SPD-Fraktion betr. Verbesserung der Kundenfreundlichkeit im Marburger ÖPNV
Vorlage: VO/0225/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellv. Vorsitzende Stadtverordneter Acker - SPD -. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg möge dafür Sorge tragen, dass den KundInnen der Stadtwerke an den Haltestellen ausreichend Sitz- und Unterstellmöglichkeiten mit entsprechendem Schutz vor Wind und Wetter geboten wird.

Deshalb sollen für die Wartenden des ÖPNV im Bereich der Universitätsstraße / Gutenbergstraße, im Bereich Biegenstraße (vor dem Lahncenter) sowie an der Haltestelle Elisabethkirche (Pilgrimstein) bald möglichst wettergeschützte Sitzgelegenheiten geschaffen werden.

**zu 12.11 Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Genehmigungspflicht für Mobilfunkanlagen
Vorlage: VO/0230/2002**

**zu 12.12 Antrag der B90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Mobilfunkanlagen
Vorlage: VO/0231/2002**

Beide Anträge werden zusammen aufgerufen und behandelt. Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann - Bündnis 90/Die Grünen -. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zum Tagesordnungspunkt 12.11 mit der Maßgabe, dass in der zweiten Zeile des Antrages das Wort "die" durch "eine" ersetzt wird.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellv. Vorsitzende Stadtverordneter Acker - SPD -. Der Ausschuss hat die Änderung des Antrages aus dem Umweltausschuss übernommen. Er empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Zu TOP 12.12 empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung. Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Aussprache wurde angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Musket - SPD -, Kolter - PDS/ML -, Dr. Baumann - Bündnis 90/Die Grünen -, Rehlich - CDU -, Schwebel - FDP -, Gottschlich - CDU - sowie Bürgermeister Vaupel und Stadtrat Dr. Kahle.

Während der Debatte hat von 20:05 Uhr bis 20:22 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Ursula Schulze-Stampe - SPD - die Sitzungsleitung übernommen.

Es folgen die Abstimmungen zu TOP 12.11. Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU und der Zählgemeinschaft mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg fordert die Hessische Landesregierung auf, eine beabsichtigte Verordnung zur Freistellung von Mobilfunksendeanlagen von der Baugenehmigungspflicht wegen Umnutzung nicht zu verabschieden.

Der Hessische Landtag und die Hessische Landesregierung werden aufgefordert, im Zuge der anstehenden Änderung der Hessischen Bauordnung die derzeitige Erfassung von Antennenanlagen, soweit sie elektromagnetische Felder abstrahlen, in §63 HBO (baugenehmigungsfreie Vorhaben) aufzugeben, damit die Genehmigungspflicht von Sendeanlagen, gleich welcher Art, durch die Neufassung der Hessischen Bauordnung eingerichtet wird. Es ist bei Antennenanlagen deutlich zu unterscheiden, ob es sich um reine Empfangsanlagen oder um kombinierte Empfangs- und Sendeantennen oder reine Sendeantennen handelt.

Der Hessische Landtag und die Hessische Landesregierung werden weiter aufgefordert, im Rahmen der Änderung der baurechtlichen Vorschriften die planungsrechtliche Zuständigkeit der Gemeinden bei der Errichtung von Antennenanlagen derart zu stärken, dass die Gemeinden eine abschließende und nicht durch die obere Baubehörde zu ersetzende Zustimmungskompetenz erhalten.

Zu TOP 12.12:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss.

- 1. Die Stadt Marburg lässt auf eigenen Gebäuden, insbesondere in Nachbarschaft zu Orten mit empfindlicher Nutzung (z.B. Kindereinrichtungen, Kinderspielplätze, Schulen, Krankenhäuser etc.) nur solche Anlagen zu, die gegenüber der 26. BImSCHV erheblich verringerte Anlagegrenzwerte haben, zum Beispiel entsprechend den in der Schweiz geltenden werten.**
- 2. Die Stadt Marburg wirkt auf die eigenen Unternehmen hin, dass sie auf ihren Gebäuden ebenfalls nur Anlagen im Sinne von Nr. 1 aufstellen lassen.
Sollten anderslautende Verträge bestehen, wirkt die Stadt Marburg darauf hin, dass diese zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt werden.**

zu 12.13 Antrag der B90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Baumpflanzung Liebigstraße Vorlage: VO/0232/2002

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann - Bündnis 90/Die Grünen -. Die Antragsteller haben den Beschlusstext im Umweltausschuss ergänzt. Die Liebigstraße soll möglichst mit heimischen Arten bepflanzt werden.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellv. Vorsitzende Stadtverordneter Acker - SPD -. Die Änderung wurde auch vom Bau- und Planungsausschuss übernommen. Am Ende des Textes soll der Halbsatz eingefügt werden: "standortgerechte Arten sind zu bevorzugen". Im übrigen empfehlen beide Ausschüsse die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob in der Liebigstraße (teilweise) durch Baumpflanzungen und/oder andere Maßnahmen eine stärkere Begrünung erreicht werden kann. Standortgerechte Arten sind zu bevorzugen.

zu 12.14 **Antrag aller Fraktionen betr. Northampton - Park**
Vorlage: VO/0233/2002

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker - SPD -. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Grünanlage neben dem Spielplatz hinter der Hirsemühle im Stadtteil Weidenhausen erhält den Namen Northampton-Park

zu 12.15 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Entgeltordnung für das neue Freizeitbad**
Vorlage: VO/0246/2002

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker - SPD -. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Vorlage für erledigt zu erklären. Aussprache wurde angemeldet. Zur Sache sprechen Bürgermeister Vaupel sowie die Stadtverordneten Rehlich - CDU - und Köster - PDS/ML -.

Anschließend fasst die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Zählgemeinschaft gegen die Stimmen der CDU und der PDS folgenden Beschluss:

Die Vorlage wird für erledigt erklärt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 21:22 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Spies
stellv. Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Rehlich
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlage:
Schriftliche Beantwortungen von Kleinen Anfragen
Dringlichkeitsanträge